

### Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/Z001(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag,  27.05.2008	Franckesaal	16:30Uhr	20:30Uhr

#### Tagesordnung:

##### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.04.2008
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
  - 5.1 Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen stärker als neue Leistungsform nutzen A0063/08
  - 5.2 Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen stärker als neue Leistungsform nutzen S0070/08
  - 5.3 Umsetzung des Rechtes des Kindes auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von ... Herkunft und ... sowie des Rechtes auf Bildung ... A0042/08
  - 5.4 Umsetzung des Rechtes des Kindes auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von ... Herkunft und ... sowie des Rechtes auf Bildung ... S0071/08
  - 5.5 Handlungsstrategie der Landeshauptstadt Magdeburg zu Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut A0037/08
  - 5.6 Handlungsstrategie der Landeshauptstadt Magdeburg zu Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut S0083/08

5.7	Gesundes bezahlbares Mittag-Essen für alle Kinder in Kindereinrichtung und Grundschule	A0041/08
5.8	Gesundes bezahlbares Mittag-Essen für alle Kinder in Kindereinrichtung und Grundschule	S0079/08
5.9	Finanzierung der Essenversorgung in Kindertageseinrichtungen und Schulen für Kinder von Hartz IV Empfängern/MD-Pass-Inhaber	I0140/08
5.10	Sozialticket	A0038/08
5.11	Sozialticket	S0101/08
5.12	MVB-Familienticket	A0052/08
5.13	MVB-Familienticket	S0102/08
6	Informationen	
6.1	Tätigkeitsbericht des Amtes für Gleichstellungsfragen 2006/2007	I0115/08
7	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Huhn, Dagmar

**Mitglieder des Gremiums**

Bork, Jana

Heendorf, Michael

Hildebrand, Jürgen Dr.

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bühnemann, Bärbel

Schumann, Carola

**Geschäftsführung**

Beier, Editha

Köppe, Yvonne

Ponitka, Heike

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Veil, Thomas

**Sachkundige Einwohner/innen**

Hausmann, Christian

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Frau Huhn begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, alle geladenen Gäste aus der Verwaltung sowie der MVB und die anwesenden Bürgerinnen, Frau Seidel und Frau Iser, und eröffnet die Sitzung.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Frau Beier bittet unter dem TOP „Verschiedenes“ den Antragsvorschlag bzgl. der Einrichtung einer forensischen Ambulanz auf dem Großen Werder, Mittelstraße 24, aufzunehmen. Eine Bürgerinitiative wandte sich mit diesem Anliegen an den Ausschuss.

Weiter schlägt Frau Huhn vor die Information I0140/08 als TOP 5.9 aufzunehmen

Die Tagesordnung wird geändert bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.04.2008

---

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 15.04.2008 wird bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

### 4. Öffentliche Sprechstunde

---

Zur öffentlichen Sprechstunde sind Frau Seidel und Frau Iser, wohnhaft in der Beimssiedlung in Magdeburg, erschienen. Sie tragen folgendes Anliegen vor:

- In der Beimssiedlung werden derzeit massiv Bäume gefällt.
- Vermieter ist dort die Wobau Magdeburg.
- Die Beimssiedlung steht unter Denkmalschutz und ist ein Flächendenkmal.
- Es werden aus ihrer Sicht auch gesunde Bäume gefällt.
- Sie bitten den Ausschuss für Familie und Gleichstellung um Hilfe für den Erhalt der Bäume sowie für Ersatzbepflanzungen für die schon gefällten Bäume.
- Das Umweltamt und der Denkmalschutz verwiesen an die Wobau.
- Im April fand eine Begehung statt.

Nach kurzer Diskussion entscheiden sich die Mitglieder des Ausschusses dafür, an den entsprechenden Stellen nachzufragen und den beiden Bürgerinnen die Ergebnisse mitzuteilen.

Frau Huhn bedankt sich bei den Bürgerinnen für ihr Engagement.

### 5. Beschlussvorlagen

---

5.1. Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen stärker als neue Leistungsform nutzen A0063/08

---

Die Ausschussmitglieder entscheiden sich dafür, die folgenden Anträge und die dazugehörigen Stellungnahmen jeweils zusammen zu beraten.

Von der Verwaltung ist Herr Villard, AL des Sozial- und Wohnungsamtes, erschienen. Er bringt die Stellungnahme der Verwaltung kurz ein:

- Das persönliche Budget ist jetzt seit Januar 2008 verbindlich.
- Es wurden bisher 20 persönliche Budgets ausgereicht.
- Die Budgetpauschalen sind nicht ausreichend.
- Es wäre günstiger Pauschalen für Fachdienstleistungen auszureichen.
- Der weitere Verlauf muss abgewartet werden.

Herr Dr. Hildebrand bringt den Vorschlag ein, einen Änderungsantrag zu stellen. Das persönliche Budget muss bekannter werden, Bearbeitungsstrukturen müssen verändert werden, es gibt in Magdeburg noch kein trägerübergreifendes Budget. Bundesweit haben 600.000 Menschen Anspruch auf das persönliche Budget, aber nur 600 Menschen nehmen es zurzeit wahr.

Nach kurzer Diskussion beschließen die Ausschussmitglieder (4 / 0 / 0) einen entsprechenden Eilantrag mit folgendem Wortlaut zu stellen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Auswertung des A0063/08 und der S0070/08, sich in der Stadt und im Land dafür einzusetzen, dass

1. das persönliche Budget in Magdeburg umfassender als bisher als eine Form der selbst bestimmten Teilhabe von chronisch kranken Menschen und Menschen mit Behinderung genutzt werden kann,
2. ein auskömmliches Budget auf der Grundlage des konkreten individuellen Bedarfs (bedarfsdeckendes Budget) ermittelt und zur Verfügung gestellt werden kann,
3. das Verwaltungsverfahren für die Erstellung des persönlichen Budgets optimiert wird (Antragsstellung, Bedarfsfeststellung, Budgetbemessung, Heranziehung eines Budgetbeauftragten oder Budgetassistenten),
4. entsprechende Angebotsstrukturen zur Vorbereitung und Umsetzung des persönlichen Budgets gemeinsam mit der Freien Wohlfahrtspflege und der freien Wirtschaft ermöglicht werden,
5. gemeinsam in Verantwortung mit den Rehabilitationsträgern stärker auf die Nutzung von trägerübergreifende persönliche Budgets hingewirkt wird und
6. das persönliche Budget mit Magdeburger Erfahrungen noch öffentlichkeitswirksamer bekannt gemacht wird.

Die Begründung wird dann im Stadtrat mündlich erfolgen.

Abschließend wird der Antrag empfohlen (4 / 0 / 0).

5.2.	Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen stärker als neue Leistungsform nutzen	S0070/08
------	--	----------

Die Stellungnahme zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

5.3.	Umsetzung des Rechtes des Kindes auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von ... Herkunft und ... sowie des Rechtes auf Bildung ...	A0042/08
------	--	----------

Herr Villard sagt, dass die Regelsatzerhöhung nicht in Relation zu der Preisentwicklung steht. Es ist wohl keine zufriedenstellende Erhöhung vom Bund zu erwarten. Bei einer Erhöhung des Regelsatzes wird die Kommune nicht von den Kosten freigehalten. Diese Mehrleistungen müssen die Kommunen „schultern“.

Die Ausschussmitglieder diskutieren rege. Sie sind sich einig darüber, dass bei der Haushaltsdebatte für 2009 Schwerpunkte und Prioritäten gesetzt werden müssen. Der „Druck“ von unten nach oben muss erhöht werden. Man darf nicht immer nur reden, es muss gehandelt werden!

Die Stadträtinnen und Stadträte müssen sich parteiübergreifend über zu setzende Schwerpunkte einig werden und diese Ziele durchsetzen.

Abschließend wird der Antrag empfohlen (4 / 0 / 0).

5.4.	Umsetzung des Rechtes des Kindes auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von ... Herkunft und ... sowie des Rechtes auf Bildung ...	S0071/08
------	--	----------

Die Stellungnahme zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

5.5.	Handlungsstrategie der Landeshauptstadt Magdeburg zu Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut	A0037/08
------	--	----------

Herr Dr. Hildebrand bringt den Antrag kurz ein.

Anschließend erhält Herr Dr. Gottschalk, Leiter der Stabstelle V/02, das Wort, der zu diesem TOP erschienen ist. Er sagt Folgendes:

- Das Kapitel „Armut“ wird in den Bericht zur sozialen Lage aufgenommen.
- Die Vorbereitungsgruppe zum sozialpolitischen Forum im Juni 2008 trifft sich am 30.05.2008.
- Nach der Fachkonferenz im November sollen konkrete Handlungsstrategien reflektiert werden.

Herr Giefers sagt, dass es sinnvoll wäre die Aktionstage zum Thema „Armut“ zu bündeln, zusammen zu fassen.

Herr Dr. Gottschalk will dies am 30.05.2008 dann mit der Vorbereitungsgruppe besprechen.

Abschließend wird der Antrag empfohlen (4 / 0 / 0).

5.6.	Handlungsstrategie der Landeshauptstadt Magdeburg zu Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut	S0083/08
------	--	----------

Die Stellungnahme zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

5.7.	Gesundes bezahlbares Mittag-Essen für alle Kinder in Kindereinrichtung und Grundschule	A0041/08
------	--	----------

Herr Dr. Hildebrand bringt den Antrag kurz ein.

Anschließend erhält Frau Pawletko, Amt 51, Abteilungsleiterin „Kommunale Einrichtungen“ das Wort:

- Heute waren Gespräche mit der AG „Freie Trägerschaft“.
- Die Träger reagieren sehr skeptisch, weil in den Einrichtungen Fachkräfte beschäftigt sind. Jedoch waren sie über die Auswertung der Elternbefragung sehr überrascht.
- Die Leiterinnen der Einrichtungen zeigen großes Engagement, aber die Einzelfälle müssen „aufgegriffen“ werden.
- Alle Kinder mit Erlassen müssen in die politische Diskussion aufgenommen werden.
- Es liegen bereits Sponsoringangebote vor. Diese werden zurzeit bearbeitet.

Die Ausschussmitglieder diskutieren intensiv.

Sie sind sich darüber einig, dass nach Finanzquellen im Haushalt gesucht werden muss. Die Rechte der Kinder sind „beschnitten“. Der Regelsatz reicht nicht aus, um die Kosten für das Essen in den Einrichtungen zu bezahlen. Den Notvorschlag, die Versorgung der betroffenen Kinder erst mal durch die AQB zu gewährleisten, ist sehr gut, aber kann keine dauerhafte Lösung sein.

Frau Pawletko warnt jedoch davor, nur nach Geld zu suchen und so die Schuldnereltern zu entlasten. Es sollte ein engmaschiges Netz an Maßnahmen erarbeitet werden, um die Essenversorgung der Kinder gewährleisten zu können. Viele Eltern wären in der Lage das Essengeld zu bezahlen, wenn sie begleitet werden.

Frau Beier verweist auf den Vortrag von Prof. Armbruster zum Kolloquium. Er sprach über Empowerment. Es sollte analysiert werden, wie den Menschen wo geholfen werden kann. Sicher ist dies ein langer Weg und es wird sicher auch zusätzliches Personal benötigt, aber es könnte ein richtiger Ansatz für Magdeburg sein. Die freiwilligen Leistungen sollten nicht aufgegeben, sondern erhalten bleiben.

Frau Ponitka bringt den Vorschlag ein, das Essengeld zukünftig für Kinder aus Problemfamilien direkt von der ARGE an die Essenanbieter zu überweisen.

Frau Pawletko sagt, dass diese Möglichkeit bereits geprüft wird.

Die Ausschussmitglieder legen fest, dass Frau Pawletko sowie der FB 40 in der nächsten Sitzung im Juni nochmals eingeladen werden.

Abschließend wird der Antrag empfohlen (4 / 0 / 0).



- Eine Studie hat auch gezeigt, dass die MVB deutschlandweit betrachtet einen Spitzenplatz im ÖPNV einnimmt. Die Preise sind z. B. durch viele versteckte Mitnahmebedingungen im Vergleich zu anderen Städten gering.
- Die letzte Tarifierfassung hat gezeigt, dass die MVB an die Grenze zum Angebot- und Nachfrage-Verhältnis gestoßen ist.
- Die Erhöhung der Normaltarife führen nicht zu einer Deckung der Mehrausgaben – dies zeigte auch die letzte Tarifierhöhung.

Frau Muhl-Hünicke fügt noch hinzu, dass die MVB es vermeiden will, ihre Angebote einschränken zu müssen.

Die Ausschussmitglieder diskutieren rege.

Abschließend wird der Antrag empfohlen (2 / 1 / 1).

---

5.13. MVB-Familienticket S0102/08

Die Stellungnahme zur Kenntnis genommen (2 / 1 / 1).

---

6. Informationen

---

6.1. Tätigkeitsbericht des Amtes für Gleichstellungsfragen 2006/2007 I0115/08

Frau Beier bringt die Information kurz ein.

Weiter sagt sie, dass die Arbeit des Gleichstellungsamtes auf 3 Säulen beruht:

1. Information
  2. Kooperation
  3. Vernetzung
- Die Kooperation aller Beauftragten hat sich sehr verbessert. Es finden regelmäßig gemeinsam Dienstberatungen statt.
  - Gender Mainstreaming und Gender Budgeting könnte über sogenanntes I-Learning im Internet innerhalb der Stadtverwaltung Magdeburg weiter vorangebracht werden.
  - Der Gleichstellungsaktionsplan wird im Juni oder Juli vorgelegt.

Die Ausschussmitglieder diskutieren kurz und nehmen abschließend die Information I0115/08 zu Kenntnis (4 / 0 / 0).

---

7. Verschiedenes

Hier beschäftigen sich die Ausschussmitglieder mit dem Thema „forensische Ambulanz auf dem Großen Werder, Mittelstraße 24“.

Eine Bürgerinitiative ist an den Ausschuss herangetreten mit der Bitte um Unterstützung.



Nach eingehender Diskussion über diesen Sachverhalt beschließen die Mitglieder einstimmig (4 / 0 / 0) einen entsprechenden Eilantrag zu stellen, der wie folgt lautet:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

**kurzfristig im öffentlichen Interesse ein Expertenhearing**

durchzuführen, auf dem sowohl die berechtigten Ängste und Sorgen der Elterninitiative hinsichtlich der Einrichtung einer forensischen Ambulanz für aus dem Maßregelvollzug entlassene Straftäter und als auch die Gründe seitens des Justizministeriums zur Ortswahlentscheidung und kurzfristigen Terminstellung dargelegt sowie weitere Experten, wie den Leiter des Maßregelvollzuges und ein Psychologe, gehört werden können.

Weiterhin sollte dargelegt werden, um wie viel Täter es sich pro Jahr handelt, und wie sich die Entwicklung von 1990 bis 2008 bisher darstellt.

**Begründung:**

Der FuG-Ausschuss hat sich auf seiner Sitzung am 27.05.08 mit der Bitte einer Bürgerinitiative befasst, die sich auch an die Vorsitzende des FuG-Ausschusses gerichtet hatte; und zwar will die Bürgerinitiative die Einrichtung einer forensischen Ambulanz für ehemalige Häftlinge aus dem Maßregelvollzug in der Mittelstraße 24 auf dem Werder in Magdeburg nicht akzeptieren und hinnehmen. Die Bürgerinnen und Bürger sind sehr besorgt um die Sicherheit ihrer Kinder und haben dazu ihre berechtigten Ängste geäußert und um Unterstützung durch den Familien- und Gleichstellungsausschuss gebeten.

Die Mitglieder des FuG-Ausschusses haben dieses Anliegen sehr ernst aufgenommen und nach ausgiebiger Diskussion entschieden, dass auf einem öffentlichen Expertenhearing auch die fachlichen Gründe seitens des Justizministeriums dargelegt werden sollten. Denn es gilt auch, dass die Gesellschaft Bedarf hat, aus dem Maßregelvollzug entlassene Straftäter – nach psychologischer Betreuung – wieder in die Gemeinschaft einzugliedern. Es ist aber auch bekannt, dass niemand eine Garantie für eine 100%ige Sicherheit geben kann, ob diese Täter nicht wieder rückfällig werden.

Das Hearing könnte zur Klarstellung und zu verantwortungsvollem Handeln beitragen.“

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn  
Vorsitzende Schriftführerin

Yvonne Köppe